

Abgruppierung

An einem Freitagmorgen vor Weihnachten wurden die Kollegen aus der Nachtschicht Schaltungsfer-tigung zu einem Infogespräch eingeladen, weil man sie von der EG 6 abgruppieren will.

Den Kollegen wurde erklärt, dass sie im letzten Jahr in den Ekon-Prozess aufgenommen wurden und nun abgruppiert werden sollen.

Der Grund soll sein, dass einige Bänder abgebaut worden sind und die Tätigkeiten sich für die Kolle-gen geändert haben. Die Kollegen fanden zwar auch, dass sich die Tätigkeiten geändert haben, aber dass sie nach wie vor engagiert bei der Arbeit sind und wenn nötig auch andere Aufgaben übernehmen. Es wurde aber auch festgestellt, dass nicht alle Be-troffenen abgruppiert werden.

Das sei ein Fehler, hörten wir und werde im nächsten Jahr bereinigt.

Das ERA Office erklärte den Kollegen, dass sie ja reklamieren könnten. Es würde ausreichen, wenn sie die Abgruppierung reklamieren. Das ERA Office sagte auch eine schnelle Erledigung zu.

Wir klärten die Kollegen auf, dass dies nicht richtig sei. Bisher dauerten Reklamationsverfahren irre Lang. Viele Kollegen können das bestätigen.

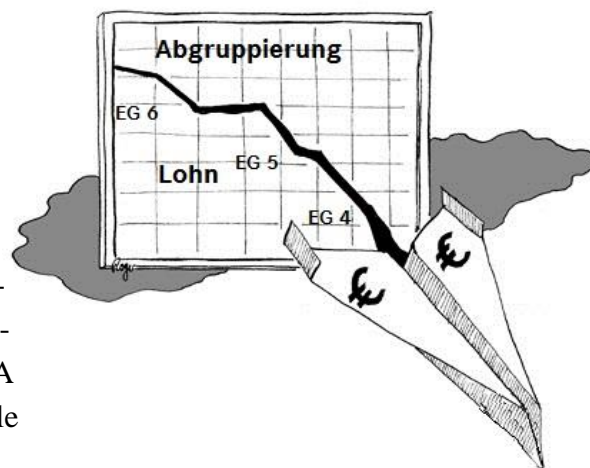
Das eine Reklamation nicht begründet sein muss widerspricht sich auch aus der bisherigen Praxis. Es ist natürlich denkbar, dass das ERA Office auf einen einfachen Widerspruch auch nur eine einfache Ab-lehnung verfassen muss.

Die **alternative** rät: Besteht darauf, dass die Tä-tigkeiten, wie z.B. GAB, oder Nacharbeit, benannt

werden, die zu eurer Ab-gruppierung führen sollen.

Der Prozess ist nicht in Ord-Ordnung! Die Kollegen wurden einfach aus dem Ekon-Prozess abgruppiert. Es ist kein Antrag auf Ver-setzung auf einen anderen Arbeitsplatz erfolgt. Folglich hätte, bevor die Abgruppierung in ePeople gestellt wird,

eine Überprüfung stattfinden müssen. Die Überprü-fung der Arbeitsplätze hätte dann gemeinsam in der öPaKo vorgenommen werden müssen.



© ROGER SCHMIDT WWW.KARIKATUR-CARTOON.DE

7.2 Aufgaben der Paritätischen Kommission

7.2.2 Sie ist darüber hinaus berechtigt, von Fall zu Fall bestehende Einstufungen zu überprüfen, sofern dargelegt werden kann, dass sich auf Grund veränderter Anforderungen eine Veränderung der Einstufung ergeben könnte

Die Vorgesetzten stellten auch dar, dass die Kolle-gen auch als erste berücksichtigt werden müssten, wenn wieder eine höherwertige Stelle besetzt werden soll.

Hierzu konnten wir leider auch nur sagen, dass der jetzige Betriebsrat die Listen gar nicht bearbeitet. Wir haben aber auch unsere Verwunderung zum

Ausdruck gebracht, dass im Werk mit zweierlei Maß Abgruppierungen behandelt werden. Kurz vor der Betriebsratswahl standen beim Querträger und Smart Ausläufe an. Für alle Kollegen die Abgruppiert werden sollten kam es zu einer absoluten Absicherung ihrer EG.

Bitte umblättern

Wir fordern, dass im Betrieb Gleiches Recht für alle angewendet wird!!!

Sie können nur abgruppiert werden, wenn sie eine Anreicherung ihrer Tätigkeiten oder einer ihrer Ein-gruppierung gemäßen Arbeitsplatz ablehnen.

Diese Kollegen haben also das Pech, dass nicht ge- gerade Betriebsratswahlen sind und deshalb auch keine Wahlgeschenke verteilt werden.

Die alternative ist der Meinung, dass durchaus eine Klage möglich ist. Wegen Ungleichbehandlung!

Auf Grund des Eingreifens der **alternative** wurden die nachfolgenden Treffen abgelehnt und die Kollegen zu Einzelgesprächen geladen.

Aus Sonderschichten wird Regelarbeitszeit

Am Donnerstag, den 14.01.2015, nach dem Dialog 68, stellte der Betriebsratsvorsitzende den Kollegen aus der Achsfertigung für Bremen Varianten von Schichtmodellen vor. Wie er erzählte, wäre das aus den Gesprächen mit der Geschäftsleitung, bei den Verhandlungen zum Zukunftsbild, herausgekommen.

Bei allen Modellen wurde deutlich, dass es keine Freiwilligkeit mehr geben wird. Die Varianten beinhalteten 6.Nachtschichten, teilweise verlängert, Samstagsschichten, die Einbeziehung von Wochenendschichten und in einem Modell sollten die Mehrarbeit von Studenten gemacht werden; sogenannte Kellner-Schichten. Für das Unternehmen ist das besonders günstig, da sie sogar billiger wie Leihleute sind und nicht zum 8% Kontingent der Leiharbeit dazuzählen.

Dies alles sei den Bremern geschuldet, die in ihrem Zukunftsbild 75 Sonderschichten für die nächsten zwei Jahre abgeschlossen haben.

Leider hatte die IG Metall und auch der Betriebsrat der IG Metall nicht den Widerstand in Bremen unterstützt. Ein Eigeninteresse die eigene Belegschaft vor der Ausuferung solcher extremen Arbeitszeiten zu schützen hätte durchaus vorgelegen.

Statt die Forderungen, die ja Unternehmensforderungen sind auch vom Unternehmensvertreter vertreten zu lassen, ließ es sich Jörg Thiemer nicht nehmen, diese Modelle selber zu vertreten.

Es kam wie es kommen musste! Die Argumente der Kollegen ließ er ins Leere laufen.

Argumente:

Die Studenten können unsere Arbeit ja gar nicht erledigen!

Wir brauchen heute schon die Sonderschichten, um die Stückzahl für Bremen zu schaffen!

Wir brauchten volle Schichten, dann könnten wir in der Woche schon ca. 300 Stück mehr liefern!

Die Antworten: (sinngemäß)

Zu den Studenten. Ihr habt es ja auch gelernt, die werden es sicher auch packen.

Das Unternehmen gesteht uns keine Einstellungen zu.

Ihr könnt euch ja hinterher für ein Modell entscheiden, ich verhandle dann auch so. Ihr müsst euch aber im Klaren sein, dass die Arbeit dann vielleicht auch nicht kommt.

Die Kollegen durchschauten diesen pseudodemokratischen Ansatz und boykottierten diese Abstimmung.

Für uns **enttäuschend**, dass ein IG Metalller nicht einmal mehr gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen den Erpressungen des Unternehmens, entgegenzubringen wagt.

Wie auch wenn man sich zum Sprachrohr der Geschäftsleitung macht und Widerstand in anderen Werken als unrechtmäßig bezeichnet!!!

Hände weg von unseren Zeitkonten

Die 35 Stundenwoche ist als Arbeitszeitverkürzung und zum Schutz unserer Gesundheit erkämpft worden. Viele Kollegen schieben mehr als 100 Stunden vor sich her und treten der Firma gegenüber in Vorleistung, geben faktisch einen zinslosen Kredit. Wenn sie frei haben wollen wird ihnen das immer häufiger verwehrt. Das Unternehmen nutzt unsere Arbeitszeitverkürzung für sich, um nicht mehr Leute einzustellen.

Die alternative sieht dies als Verstoß gegen den Tarifvertrag zur 35 Stundenwoche!!!

